

Eine weitere Baustelle der Landesregierung!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in den Sitzungstagen vom 15.12.2014 bis 18.12.2014 soll über das Haushaltsbegleitgesetz 2015 beraten und abgestimmt werden.

Im Haushaltsbegleitgesetz Artikel 4 geht es auch um Änderungen im Nds. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2015/2016.

Die Beamtenbesoldung und die Versorgungsbezüge sollen bereits jetzt per Gesetz festgelegt und erhöht werden – ohne das ein Tarifergebnis mit ver.di vereinbart ist. Der ver.di Landesbeamtenausschuss Niedersachsen-Bremen weist diese Absicht vehement zurück, da es einem nicht hinnehmbaren Besoldungsdiktat gleichkommt. Seit einigen Jahren setzt sich ver.di im Beamtenbereich für Verhandlungsoptionen von Beamtinnen und Beamten bei der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses im Rahmen der Initiative „Verhandeln statt Verordnen!“ ein. Selbst wenn bei den Dienstherrn hierüber kontrovers diskutiert wurde, war bislang davon auszugehen, dass wenigstens der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ ein gemeinsamer Nenner ist.

Leider ist davon im Moment nicht mehr auszugehen!

Das geplante Vorgehen stellt aus unserer Sicht eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung der Beamtinnen und Beamten gegenüber den Tarifbeschäftigten des Öffentlichen Dienstes dar.



(Vor der Übergabe der Briefe v.l. Reinhard Lucht, Oliver Bandosz und Mario Kraatz)

Aus diesem Grund sind die 137 Abgeordneten des Nds. Landtages heute um 11:11 Uhr in einem persönlichen Brief aufgefordert worden, den Weg der Entsolidarisierung der Beschäftigtengruppen nicht mitzutragen, sondern dem Entwurf in diesem Artikel nicht zuzustimmen!